

Peter, Waltraut

Article

Entwicklung von Sozialleistungsbezug und Erwerbstätigkeit

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Peter, Waltraut (2010) : Entwicklung von Sozialleistungsbezug und Erwerbstätigkeit, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 37, Iss. 1, pp. 3-14, <https://doi.org/10.2373/1864-810X.10-01-01>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/156994>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Entwicklung von Sozialleistungsbezug und Erwerbstätigkeit*

Waltraut Peter, Januar 2010

Das Wirtschaftswachstum und die Auswirkungen der vorangegangenen Arbeitsmarktreformen verbesserten im Jahr 2007 die Balance von Sozialleistungsempfängern und Erwerbstätigen leicht. Gegenüber dem Vorjahr vergrößerte sich der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote und der Sozialleistungsempfängerquote in der Bevölkerungsgruppe der 18- bis 64-Jährigen um 2 Prozentpunkte, unter den Wahlberechtigten und in der Bevölkerung insgesamt um jeweils rund 1 Prozentpunkt. Diese positive Entwicklung minderte allerdings die Herausforderungen für die langfristige Sicherung des Sozialstaates durch die Alterung der Bevölkerung nicht. Im Zeitraum 1992 bis 2007 sank bezogen auf die Gesamtbevölkerung die Erwerbstätigenquote um 3 Prozentpunkte auf 40,7 Prozent, während die Quote der Sozialleistungsempfänger um 6,5 Prozentpunkte auf 37,8 Prozent anstieg. Angesichts der tiefen Rezession und der schon beschlossenen Aufstockung verschiedener Transfers ist es möglich, dass der Abstand beider Quoten im Jahr 2010 auf null schrumpfen wird, sodass statistisch auf jeden Erwerbstätigen ein Sozialleistungsempfänger kommt.

Langfristige Entwicklung

Im Jahr 2008 untersuchte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln erstmals, wie sich die Relation zwischen Sozialleistungsempfängern und Erwerbstätigen in Deutschland im Zeitraum 1980 bis 2006 entwickelte (Peter, 2008). Der Hintergrund hierfür war die Frage, ob sich die für eine nachhaltige Sicherung des Sozialstaates notwendige Balance zwischen Leistungsträgern und Leistungsempfängern im Verlauf der Jahre veränderte. Einbezogen waren sowohl einkommensgeprüfte Transferleistungen (Sozial-/Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosengeld (ALG) II, Wohngeld, BAföG, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit) als auch beitragsfinanzierte Versicherungsleistungen (Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld sowie Renten und Pensionen). Die entsprechenden Quoten wurden für die Bevölkerung im Erwerbsalter (18 bis 64 Jahre) und die Bevölkerung insgesamt berechnet:

* Diese Studie ist Teilergebnis des von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln geförderten Forschungsprojekts „Wettbewerb der Sozialstandards in einer globalisierten Wirtschaft“.

- Für beide Gruppen zeigte sich eine deutliche Verschlechterung der Balance. Für die Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen stieg der Anteil der Sozialleistungsempfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung im Zeitraum 1980 bis 2006 um 11,8 Prozentpunkte auf 25,7 Prozent, während der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Beamten und Selbstständigen an der gleichaltrigen Bevölkerung um 5,9 Prozentpunkte auf 63,7 Prozent zurückging. Folglich schrumpfte der Abstand zwischen beiden Quoten um ein Drittel von 55,7 auf 38,0 Prozentpunkte.
- Im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung war die Entwicklung noch ausgeprägter. Die Quote der Sozialleistungsempfänger mit einem Zuwachs von 15,3 Prozentpunkten zog fast mit der um 2,7 Prozentpunkte gesunkenen Erwerbstätigenquote gleich. Der Abstand zwischen beiden ging von 21,0 Prozentpunkten im Jahr 1980 auf 2,7 Prozentpunkte im Jahr 2006 zurück. Die wichtigsten Anschubfaktoren waren dabei die demografische Entwicklung und die Frühverrentungspolitik, wodurch der Anteil der Rentner an der Bevölkerung seit 1980 um 9,0 Prozentpunkte auf ein Fünftel stieg. Hinzu kam ein Niveausprung nach der Wiedervereinigung.

Inzwischen liegen detaillierte Daten für das Jahr 2007 vor. Im Jahr 2007 ging die Anzahl der Arbeitslosen um 711.000 Personen oder 15,6 Prozent zurück, die Anzahl der Beschäftigten ohne Mini-Jobber legte um 555.000 Personen oder 1,7 Prozent zu, und das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 2,5 Prozent an. Allerdings wuchs auch der Anteil der Bevölkerung im Rentenalter um weitere 0,3 Prozentpunkte. Der vorliegende Artikel liefert die aktualisierten Quoten. Hinzu kommen folgende Neuerungen:

- Das Elterngeld, das im Jahr 2007 das Erziehungsgeld ersetzte, wurde zusätzlich einbezogen, weil es eine der weitreichendsten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen der Großen Koalition war. Da das Erziehungsgeld eine reine Transferleistung war, wird das Elterngeld zu den steuerfinanzierten Transfers gerechnet, obwohl es als Lohnersatzleistung ausgestaltet ist.
- Weil die Wahlkämpfe in Kommunen, Ländern und im Bund im Jahr 2009 die Frage nach der Lobbymacht der Sozialleistungsempfänger innerhalb der Wahlberechtigten aufwarfen, wurde die Altersgruppe der 18-Jährigen und älter als dritte Bevölkerungsgruppe in die Untersuchung aufgenommen.
- Da der Artikel aus dem Jahr 2008 den Niveausprung im Zuge der Wiedervereinigung bei der Empfängerquote bereits ausführlich dokumentierte, wird in diesem Beitrag der Zeitraum ab 1992 betrachtet. Die Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf Gesamtdeutschland.

Tabelle 1

Sozio-ökonomische IndikatorenVeränderung im Zeitraum 1992 bis 2007, unterschiedliche Maßeinheit¹⁾

		1992	2007	Veränderung
Bevölkerungsstruktur, Anteile in Prozent ²⁾	Unter 18 Jahre	19,4	17,0	-2,4
	18 – 64 Jahre	65,6	62,9	-2,7
	Über 65 Jahre	15,0	20,1	5,1
Ausländeranteil, in Prozent ²⁾		9,0	8,8	-0,2
Anteil Alleinerziehender an den Familien mit Kindern unter 18 Jahren, ³⁾ in Prozent ²⁾		16,0	18,3	2,3
Lebendgeborene je 1.000 Einwohner, Anzahl ⁴⁾		10,0	8,2	-1,8
Lebenserwartung bei Geburt, in Jahren ⁵⁾	Männer	72,5	76,9	4,4
	Frauen	79,0	82,3	3,3
Durchschnittliches Renteneintrittsalter, in Jahren ⁵⁾	Wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	52,5	50,0	-2,5
	Wegen Alters	63,0	63,1	0,1
Arbeitslosenquote ^{2) 6)}		8,5	10,1	1,6
Langzeitarbeitslosenquote ²⁾		27,8	41,1	13,3
Hartz-IV-Empfänger, Hilfequoten in Prozent ²⁾	Insgesamt	2,9	9,8	6,9
	Unter 15 Jahre	5,8	16,8	11,0
	Alleinerziehende	25,2	42,3	17,1
Anteil Niedriglohnempfänger in Prozent ^{2) 7)}	< ½ des Medianlohns			
	Vollzeit	2,5	6,0	3,5
	Teilzeit	–	16,9	–
	< ⅓ des Medianlohns			
Vollzeit	7,2	8,6	1,4	
Teilzeit	–	14,2	–	
Durchschnittslohn, ⁸⁾ in Euro pro Monat ⁹⁾	Brutto	1.812	2.266	25,1
	Netto	1.238	1.474	19,1
BIP je Einwohner, in Euro ⁹⁾		20.431	29.518	44,5
Sozialausgaben pro Einwohner, in Euro ⁹⁾		6.365	8.593	35,0
Beitragssatz Sozialversicherung in Prozent ²⁾	West	36,8	40,6 ¹⁰⁾	3,8
	Ost	36,6	40,6 ¹⁰⁾	4,0
Eingangssteuersatz, in Prozent ²⁾		19,0	15,0	-4,0

1) Die Maßeinheit der Veränderung wird als Fußnote bei dem jeweiligen Indikator genannt. 2) Veränderung in Prozentpunkten. 3) Mikrozensus. 4) Veränderung der Anzahl. 5) Veränderung in Jahren. 6) In Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. 7) Auf Basis von inflationsbereinigten Bruttostundenlöhnen von Voll- und Teilzeitarbeitnehmern. 8) Gesamtwirtschaft. 9) Veränderung in Prozent. 10) Ohne Zuschlag für Zahnersatz in der Krankenversicherung und für Kinderlose in der Pflegeversicherung.

Quellen: BA; BMAS; SOEP; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

In Bezug auf die berechneten Quoten sind zwei Beschränkungen zu beachten (Peter, 2008). Zum einen lässt die Statistik keine präzisen Pro-Kopf-Berechnungen zu. Es geht vielmehr um die Beschreibung von Niveaus und Entwicklungstrends. Aus der Statistik ist in der Regel nicht ersichtlich, ob die Empfänger eine oder mehrere Leistungen erhalten und ob diese ein Erwerbseinkommen ergänzen oder ersetzen. Hinzu kommt, dass sich die Empfängerzahlen mal auf einen Stichtag oder auf den Jahresdurchschnitt, mal auf Haushalte oder auf Personen beziehen, wobei wiederum unbekannt bleibt, wie viele der Empfänger ganzjährig Leistungen bekommen. Zum anderen ist zu beachten, dass die hier einbezogenen Transfers und Lohnersatzleistungen nur den Kernbereich des staatlichen Sozialsystems umfassen. Eine Vielzahl monetärer Leistungen – vom Kranken- und Mutterschaftsgeld über den Kinderzuschlag und Unterhaltsvorschuss bis hin zu steuer- und beitragsfinanzierten Geldleistungen im Rahmen des Arbeitsförderungs- und Bundesversorgungsgesetzes sowie der Pflegeversicherung – ist nicht berücksichtigt.

Die vorhergehende Untersuchung (Peter, 2008) zeigte, dass sozio-ökonomische Faktoren und politische Reformen die Entwicklung der Anteile der Erwerbstätigen und Sozialleistungsempfänger an ihren jeweiligen Altersgruppen und den Abstand beider Quoten beeinflussten. Da dies auch für die aktuellen Ergebnisse gilt, folgt vorweg in Tabelle 1 ein kurzer Überblick über die Entwicklung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Indikatoren seit 1992.

Sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen ab dem Jahr 2006

Die Reihenfolge der hier für den Berichtszeitraum 2006 und 2007 aufgeführten Reformen folgt der Systematik der Transfers, beginnend mit den einkommensgeprüften Sozialhilfen, gefolgt von den Versicherungsleistungen.

Sozialgesetzbuch (SGB) II: Seit Oktober 2005 gelten neue Regeln für die Anrechnung von Erwerbseinkommen auf das ALG II. Bis dahin waren 15 Prozent des Nettoeinkommens bis 400 Euro, 30 Prozent des Nettoeinkommens zwischen 401 und 900 Euro und 15 Prozent des Nettoeinkommens zwischen 901 und 1.500 Euro anrechnungsfrei. Um den Anreiz zu erhöhen, (wenigstens) einen Mini-Job anzunehmen, gelten jetzt folgende Erwerbsfreibeträge: ein Grundfreibetrag von 100 Euro, 20 Prozent des Bruttoeinkommens oberhalb von 100 Euro bis 800 Euro und 10 Prozent des Bruttoeinkommens ab 801 Euro bis 1.200 Euro (1.500 Euro bei Familien).

Im August 2006 ist das Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Kraft getreten. Anlass war unter anderem der sprunghafte Anstieg der Anzahl der Be-

darfsgemeinschaften, weil Partner getrennt lebten und Jugendliche von zu Hause weggezogen. Paare mit zwei Wohnsitzen müssen jetzt von sich aus nachweisen, dass sie nicht in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben und jeder einen Anspruch auf den vollen Regelsatz hat. Für Jugendliche werden nicht mehr automatisch die Unterkunftskosten übernommen, wenn sie von zu Hause ausziehen.

Ehemalige Empfänger von ALG I, deren Einkommen nicht den Lebensbedarf ihrer Familie deckt, können jetzt wählen, ob sie den Kinderzuschlag ohne ALG II oder das ALG II mit befristetem Zuschlag vorziehen. Letzteren erhalten Arbeitslose, wenn sie vom ALG I in das ALG II wechseln.

An die Stelle des Überbrückungsgelds und der Ich-AG trat der Gründungszuschuss. Im Jahr 2007 lief die Freistellung von der Pflicht zur Arbeitssuche für ALG-II-Empfänger, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, aus. Sie gilt allerdings weiter für unvermittelbare Langzeitarbeitslose.

Der Eckregelsatz für das ALG II und das Sozialgeld wurde zum 1. Juli 2006 bundeseinheitlich auf 347 Euro angehoben. Dies entspricht einem Zuwachs von 0,6 Prozent in den alten und 4,8 Prozent in den neuen Bundesländern. Der steuerfinanzierte Rentenversicherungsbeitrag für ALG-II-Bezieher wurde ab dem 1. Januar 2007 von 78 auf 40 Euro gesenkt.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit: Das Regelwerk ist unverändert geblieben. Allerdings wurde im Jahr 2007 mit der Angleichung der Regelsätze in Ost- und Westdeutschland und der Anhebung um den Prozentsatz, der auch für die Leistungen nach dem SGB II gilt, der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet.

Renten: Hier wirkt weiterhin die im Jahr 2001 in Kraft getretene, jahrgangswise Anhebung der Altersgrenzen bei den Frührenten. Für die Jahrgänge nach 1952 entfällt dadurch die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit. Das Renteneintrittsalter für Frauen wird auf 65 Jahre angehoben. Bei den übrigen Renten (Altersrente für Schwerbehinderte und Altersrente für langjährig Versicherte) steigt die Altersgrenze ebenfalls auf 65 Jahre, sie können aber weiterhin ab 63 Jahre mit Abschlägen bezogen werden. Vorerst nur antizipatorisch wirkt die stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 Jahren im Jahr 2007 auf 67 Jahre ab dem Jahr 2012. Die Standardrente ist netto vor Steuern im Zeitraum 2005 bis 2007 um 1,2 Prozentpunkte auf 51,2 Prozent des Durchschnittslohns gesunken. Der Rentenversicherungsbeitrag ist im Jahr 2007 von 19,5 auf 19,9 Prozent erhöht worden.

Arbeitslosengeld (ALG) I: Ab Oktober 2007 gibt es für Jugendliche und langzeitarbeitslose Empfänger von ALG I und ALG II neue Lohnzuschüsse („JobPerspektive“, Qualifikationskombi für Jugendliche), die hier allerdings noch nicht zu Buche schlagen. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wurde im Jahr 2007 von 6,5 auf 4,2 Prozent gesenkt. Die im Jahr 2004 verkürzte Anspruchsdauer beim ALG I wurde zum 1. Januar 2008 für ältere Arbeitslose wieder verlängert.

Kurzarbeitergeld: Vom 1. Juli 2005 bis 31. Dezember 2006 wurde die Bezugsfrist auf 15 Monate verlängert. Danach wurde sie zunächst gekürzt und schließlich ab dem 1. Juli 2007 auf zwölf Monate ausgeweitet. Eine Verlängerung auf 24 Monate bleibt bei außergewöhnlichen Arbeitsmarktbedingungen möglich.

Elterngeld: Das Elterngeld ist im Jahr 2007 an die Stelle des 1986 eingeführten Erziehungsgelds getreten. Es hat die negativen Arbeitsanreize erheblich reduziert, zugleich allerdings den Kreis der Anspruchsberechtigten deutlich ausgeweitet. Die wichtigsten Änderungen sind die Ausgestaltungen als Lohnersatzleistung, indem die Höhe der Leistung prozentual an das vorherige Erwerbseinkommen, die Einführung der Partnermonate und die Anhebung der Einkommensgrenzen gekoppelt wird. Während Anspruchsberechtigte das Erziehungsgeld zuletzt bis zu 24 Monate beziehen konnten – allerdings mit sehr niedrigen Einkommensgrenzen ab dem siebten Monat –, kann ein Elternteil das Elterngeld höchstens für zwölf Monate erhalten. Wenn auch der zweite Elternteil das Kind vorübergehend betreut, kann die Bezugsdauer auf 14 Monate verlängert werden. Für Alleinerziehende gelten generell 14 Monate. Die Leistung ersetzt 67 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens in den letzten zwölf Monaten vor der Geburt bis zur Höchstgrenze von 1.800 Euro. Es kann auch bei einer Erwerbstätigkeit von bis zu 30 Wochenstunden bezogen werden. In dem Fall erhält die Betreuungsperson 67 Prozent der Differenz zwischen dem vor und nach der Geburt zu berücksichtigenden Einkommen: mindestens 300 Euro, höchstens jedoch 2.700 Euro. Nicht erwerbstätige Eltern erhalten wie bisher einen pauschalen „Sockelbetrag“ von 300 Euro. ALG I und ALG II, Renten und BAföG werden nicht als Einkommen angerechnet.

Ergebnisse für die Bevölkerung im Erwerbsalter

Im Jahr 1995 löste die Gruppe der 18- bis 64-Jährigen die Altersgruppe 18 Jahre und älter als Spitzenreiter bei der Transferempfängerquote ab. Dieser Trend hat sich weiter fortgesetzt. Dennoch bildet die Gruppe der 18- bis 64-Jährigen bei der Quote der Sozialleistungsempfänger mit 24,2 Prozent das Schlusslicht. Die Gewichte der Einzelquoten haben sich

allerdings verschoben (Tabelle 2 und Abbildung 1). Die Katalysatoren hierfür waren die Einführung der Altersteilzeit mit den Anreizen zur Frühverrentung (1996), die Anhebung des Wohngelds mit Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten (2001), die Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit (2003), das Inkrafttreten von Hartz IV und die gleichzeitige Wohngeldreform (2005) und die Ablösung des Erziehungsgelds durch das Elterngeld (2007).

Tabelle 2

Empfängerquoten der Altersgruppe 18 bis 64 Jahre

Anteil der Empfänger entsprechender Leistungen an der gleichaltrigen Bevölkerung im Jahr 2007 in Prozent und Veränderung in Prozentpunkten

	Anteil 2007	Veränderung 1992/2007	Veränderung 2006/2007
Transferleistungen insgesamt	15,1	5,4	0,1
Sozialhilfe/Sozialgeld und Asylbewerberleistungen	0,4	-2,0	-0,0
Arbeitslosenhilfe/ALG II	10,2	9,2	-0,2
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit	0,7	0,7	0,1
BAföG	1,8	0,2	-0,0
Allgemeines Wohngeld	0,6	-2,6	-0,1
Erziehungs-/Elterngeld ¹⁾	1,4	-0,1	0,4
Versicherungsleistungen insgesamt	9,1	-1,4	-0,9
Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld	2,2	-2,2	-0,7
Renten und Pensionen	6,9	0,8	-0,3
Sozialleistungen insgesamt	24,2	4,0	-0,9
Nachrichtlich: Erwerbstätigenquote	64,8	-1,9	1,1

1) Anzahl der bewilligten Anträge.

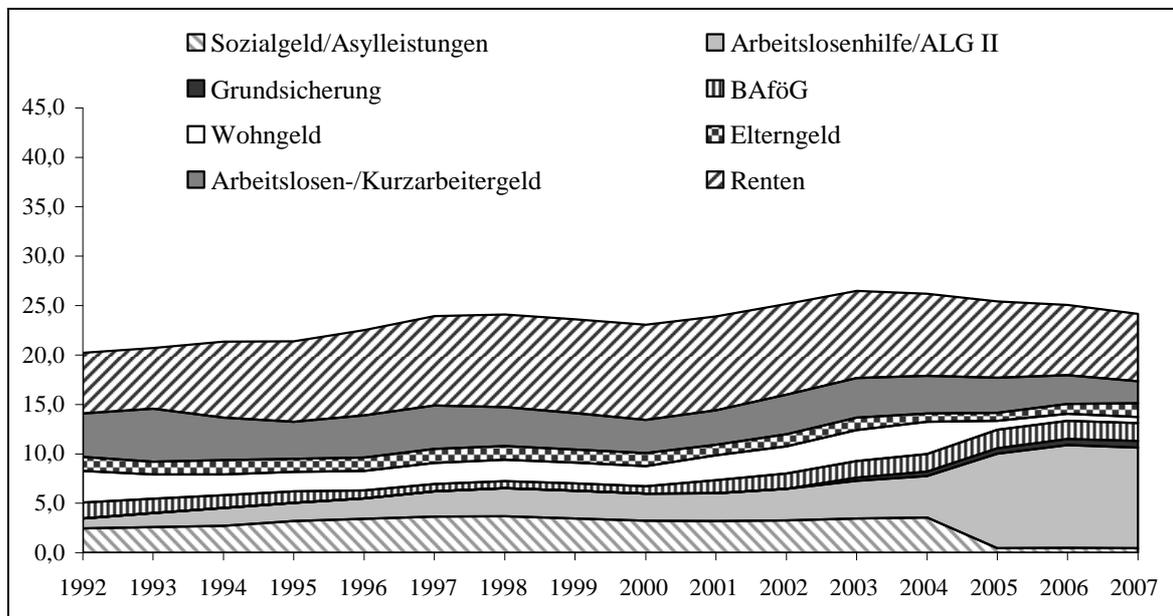
Quellen: BA; GRV; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Aufgrund der günstigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation sanken im Jahr 2007 alle Einzelquoten leicht. Ausnahmen waren lediglich die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sowie das Elterngeld. Beide legten zusammen um knapp 0,5 Prozentpunkte zu, sodass die Transferempfängerquote insgesamt um 0,1 Prozentpunkte stieg. Der Anteil der Empfänger von Versicherungsleistungen hingegen ging um knapp 1 Prozentpunkt zurück, sodass die Gesamtquote (Sozialleistungen insgesamt) im Jahr 2007 um 0,9 Prozentpunkte niedriger war als 2006.

Abbildung 1

Entwicklung der Sozialleistungen: 18 bis 64 Jahre

Angaben für den Zeitraum 1992 bis 2007 in Prozent¹⁾



1) Anteil der Empfänger entsprechender Leistungen an der gleichaltrigen Bevölkerung.
Quellen: BA; GRV; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Ergebnisse für die Altersgruppe 18 Jahre und älter

Welche tiefen Spuren die Alterung der Gesellschaft im Hinblick auf die Entwicklung der Sozialleistungsempfängerquote hinterlässt, wird besonders deutlich bei der Altersgruppe 18 Jahre und älter (Tabelle 3 und Abbildung 2). In dieser Altersgruppe ist inzwischen fast jeder Dritte Rentner, Pensionär oder Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit. Ihr Anteil an der Bevölkerung 18 Jahre und älter erhöhte sich seit 1992 um 7,1 Prozentpunkte.

Tabelle 3

Empfängerquoten der Altersgruppe 18 Jahre und älter

Anteil der Empfänger entsprechender Leistungen an der gleichaltrigen Bevölkerung im Jahr 2007 in Prozent und Veränderung in Prozentpunkten

	Anteil 2007	Veränderung 1992/2007	Veränderung 2006/2007
Transferleistungen insgesamt	12,3	1,7	0,0
Sozialhilfe/Sozialgeld und Asylbewerberleistungen	0,4	-2,0	-0,1
Arbeitslosenhilfe/ALG II	7,4	6,5	-0,1
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit	1,1	1,1	0,1
BAföG	1,4	0,1	0,0
Allgemeines Wohngeld	0,9	-3,9	-0,1
Erziehungs-/Elterngeld ¹⁾	1,1	-0,1	0,3
Versicherungsleistungen insgesamt	30,1	3,2	-0,5
Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld	1,6	-2,8	-0,5
Renten und Pensionen	28,5	6,0	0,1
Sozialleistungen insgesamt	42,4	4,9	-0,4
Nachrichtlich: Erwerbstätigenquote	49,1	-5,1	0,7

1) Anzahl der bewilligten Anträge.

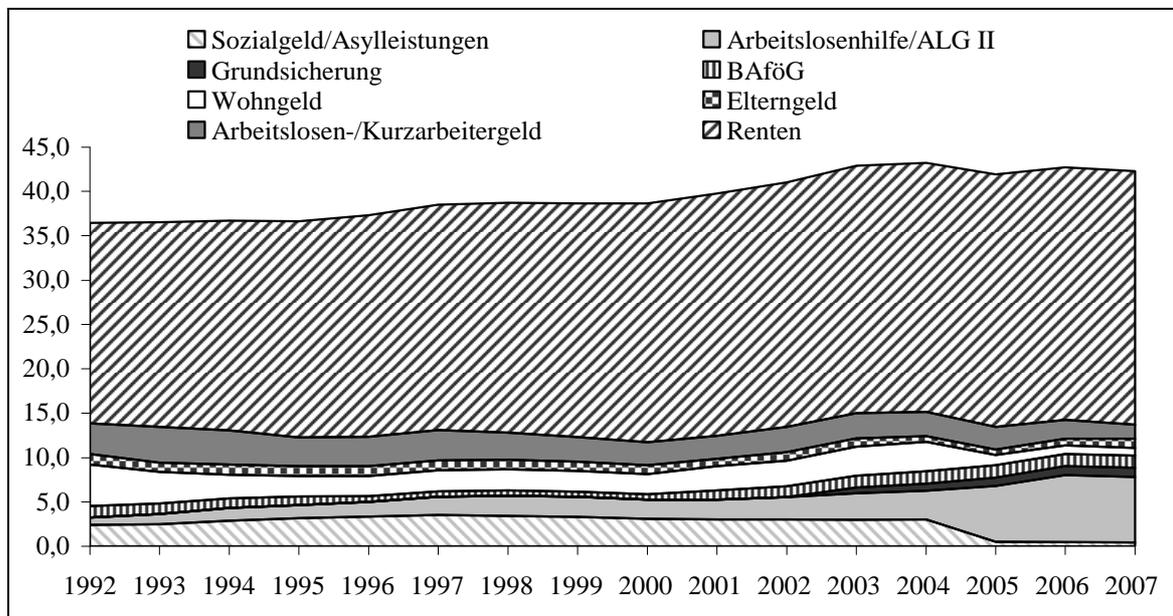
Quellen: BA; GRV; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Gesamtquote der Sozialleistungsempfänger lag in dieser Altersgruppe im Jahr 2007 bei 42,4 Prozent. Das waren 4,9 Prozentpunkte mehr als 1992, aber 0,4 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2006. Der langfristige Anstieg der Sozialleistungsquote resultierte hier hauptsächlich aus dem Anstieg der Versicherungsleistungen um 3,2 Prozentpunkte auf nunmehr 30,1 Prozent. Dies folgte ausschließlich aus dem Zuwachs bei den Renten und Pensionen, deren Anteil sich 2007 auf 28,5 Prozent belief. Die kurzfristige Veränderung im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr beruhte zum Großteil auf den rückläufigen Leistungen für Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld. Hier schlugen sich deutlich die positiven Effekte der guten konjunkturellen Lage und der Arbeitsmarktreformen nieder.

Abbildung 2

Entwicklung der Sozialleistungen: 18 Jahre und älter

Angaben für den Zeitraum 1992 bis 2007 in Prozent¹⁾



1) Anteil der Empfänger entsprechender Leistungen an der gleichaltrigen Bevölkerung.
Quellen: BA; GRV; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung

In der Bevölkerung insgesamt überwogen weiterhin die Rentner und Empfänger von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld gegenüber den Transferempfängern (Tabelle 4 und Abbildung 3). Allerdings legten Letztere an Gewicht leicht zu: Kamen im Jahr 1992 noch zehn Transferempfänger auf 22 Empfänger von Versicherungsleistungen, betrug das Verhältnis zuletzt fast 10 zu 20. Am stärksten stieg mit dem Inkrafttreten von Hartz IV die Quote der Bezieher von ALG II und Sozialgeld an. Zählt man die Empfänger der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit hinzu, waren im Jahr 2007 insgesamt 7,3 Prozent der Bevölkerung sozialhilfeabhängig. Überproportional betroffen waren Migranten, Geringqualifizierte, Ostdeutsche, Alleinerziehende, Kinder und Ältere.

Tabelle 4

Empfängerquoten der Gesamtbevölkerung

Anteil der Empfänger entsprechender Leistungen an der gleichaltrigen Bevölkerung im Jahr 2007 in Prozent und Veränderung in Prozentpunkten

	Anteil 2007	Veränderung 1992/2007	Veränderung 2006/2007
Transferleistungen insgesamt	12,7	3,2	0,0
Sozialhilfe/Sozialgeld und Asylbewerberleistungen	2,7	-0,3	0,0
Arbeitslosenhilfe/ALG II	6,4	5,7	-0,2
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit	0,9	0,9	-0,1
BAföG	1,1	0,1	0,0
Allgemeines Wohngeld	0,7	-3,1	-0,1
Erziehungs-/Elterngeld ¹⁾	0,9	-0,1	0,3
Versicherungsleistungen insgesamt	25,1	3,3	-0,2
Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld	1,4	-2,2	-0,4
Renten und Pensionen	23,7	5,5	0,2
Sozialleistungen insgesamt	37,8	6,5	-0,2
Nachrichtlich: Erwerbstätigenquote	40,7	-3,0	0,6

1) Anzahl der bewilligten Anträge.

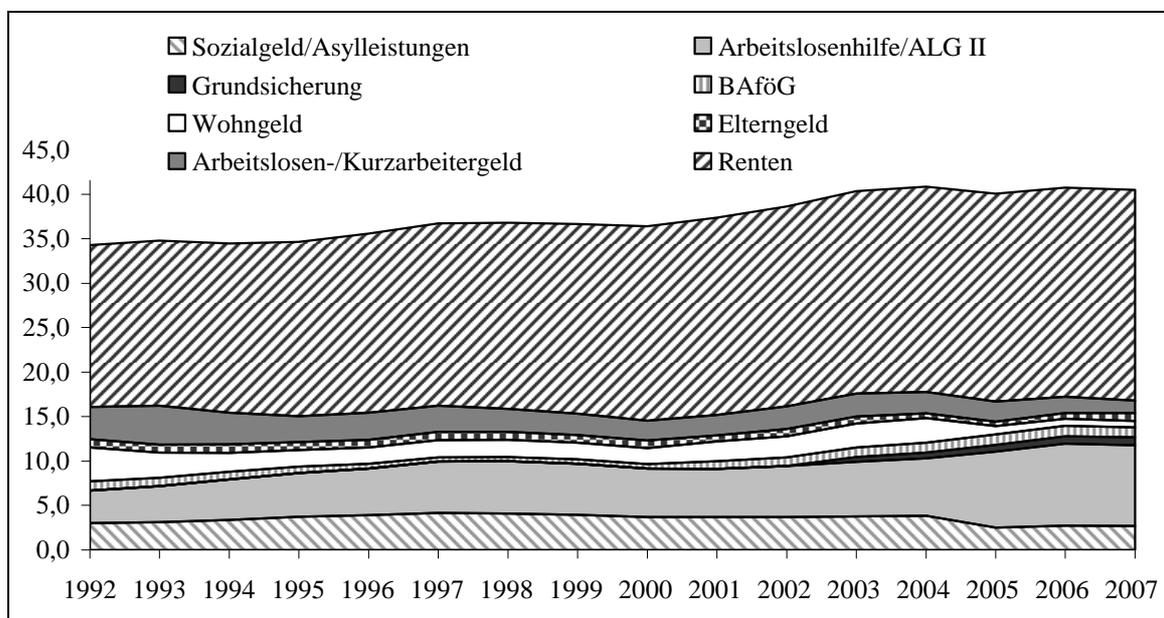
Quellen: BA; GRV; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der Anstieg der Quote der Empfänger von Versicherungsleistungen im Zeitraum 1992 bis 2007 um 3,3 Prozentpunkte ging ausschließlich auf das Konto der Rentner und Pensionäre, deren Quote um 5,5 Prozentpunkte stieg. Hingegen ging der Anteil der Empfänger von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld um 2,2 Prozentpunkte zurück. Insgesamt stieg die Quote der Sozialleistungsempfänger seit dem Jahr 1992 um 6,5 Prozentpunkte auf 37,8 Prozent. Gleichwohl ging die Quote im Jahr 2007 gegenüber 2006 um 0,2 Prozentpunkte zurück, weil alle Einzelquoten mit Ausnahme des Elterngelds und der Renten leicht sanken oder unverändert blieben.

Abbildung 3

Entwicklung der Sozialleistungen: Gesamtbevölkerung

Angaben für den Zeitraum 1992 bis 2007 in Prozent¹⁾



1) Anteil der Empfänger entsprechender Leistungen an der gleichaltrigen Bevölkerung.
Quellen: BA; GRV; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Entwicklung von Erwerbstätigenquote und Empfängerquote

Da auch nach der Wiedervereinigung steigende Empfängerquoten mit sinkenden Erwerbstätigenquoten einhergingen, verringerte sich der Abstand beider Quoten in allen drei Bevölkerungsgruppen weiter (Tabelle 5). Besonders stark war die Verringerung der Differenz bei der Altersgruppe 18 Jahre und älter, und zwar um 9,8 Prozentpunkte. Im Jahr 2007 lagen die Quoten in dieser Altersgruppe nur noch um 6,7 Prozentpunkte auseinander. Obwohl der Abstand beider Quoten bezogen auf die Gesamtbevölkerung etwas weniger schrumpfte, betrug er wegen der hohen Transferabhängigkeit von Kindern (Tabelle 1) nur noch 2,9 Prozentpunkte (Abbildung 4). In der Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen war die Balance zwischen Erwerbstätigen und Leistungsbeziehern weiterhin besonders ausgewogen, obwohl auch hier beide Quoten seit 1992 um 5,6 Prozentpunkte zusammenrückten (Tabelle 5). Rein rechnerisch bedeutet dies, dass im Jahr 2007 65 Erwerbstätige für 24 erwachsene Sozialleistungsempfänger und elf transferabhängige Kinder zu sorgen hatten.

Tabelle 5

Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote und der Sozialleistungsempfängerquote nach Altersgruppen

Differenz beider Quoten in Prozentpunkten

Altersgruppe	1980	1992	2006	2007
18 bis 64 Jahre	57,6	46,5	38,9	40,9
18 Jahre und älter	27,6	16,5	5,6	6,7
Gesamtbevölkerung	20,7	12,3	2,0	2,9

1980 Westdeutschland, ab 1992 Deutschland.

Quellen: BA; GRV; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

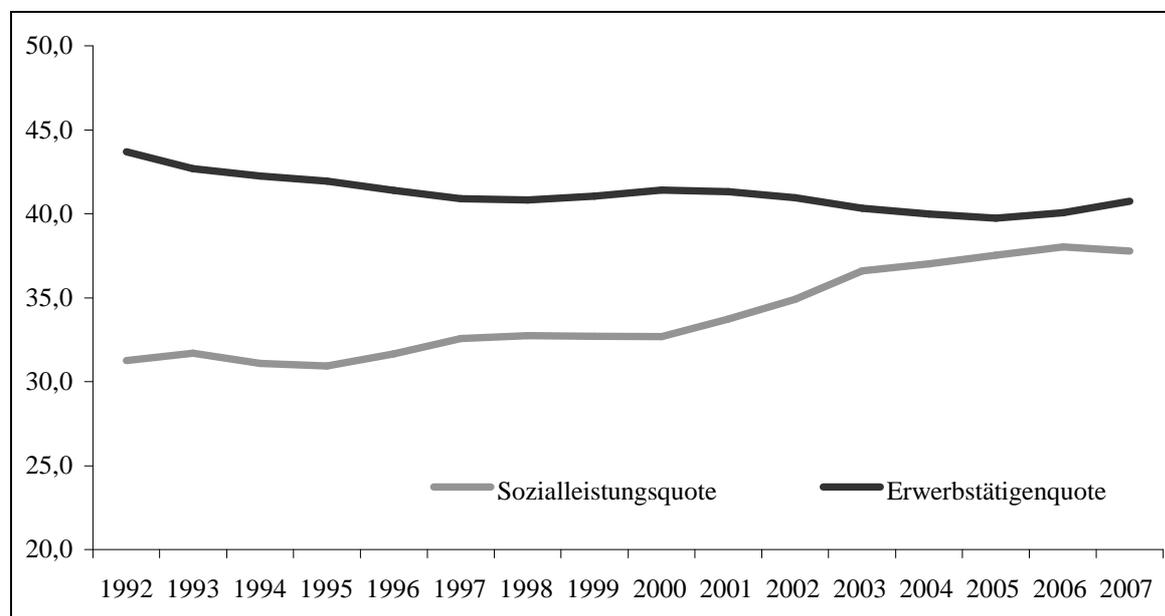


Im Jahr 2007 vergrößerten der Anstieg der Erwerbstätigenquoten und das Sinken der Empfängerquoten den Abstand in allen Bevölkerungsgruppen um rund 1 Prozentpunkt. Dabei übernahm die Zunahme der Erwerbstätigkeit den bedeutenderen Part. Sie ging allerdings zur Hälfte auf das Konto von Teilzeitarbeit.

Abbildung 4

Sozialleistungsempfängerquote und Erwerbstätigenquote

Entwicklung in Deutschland im Zeitraum 1980 bis 2007 in Prozent¹⁾



1) Empfänger von Sozialleistungen und Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung.

Quellen: BA; GRV; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Gleichwohl war der Rückgang der Empfängerquote in der Altersgruppe 18 Jahre und älter um 0,4 Prozentpunkte bei gleichzeitigem Anstieg der Erwerbsquote um 0,7 Prozentpunkte

besonders bemerkenswert, weil der Anteil der über 65-Jährigen in dieser Bevölkerungsgruppe im gleichen Jahr um weitere 1,6 Prozentpunkte zunahm. Die positiven Effekte des Wachstums und der vorangegangenen Arbeitsmarkt- und Rentenreformen kompensierten den Demografieeffekt.

Es ist allerdings abzusehen, dass sich die Jahre 2007 und 2008 in der Rückschau als vorübergehende Verbesserung der Relation zwischen den Quoten erweisen werden. Die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bedingte hohe Kurzarbeit, die allmählich ansteigende Arbeitslosigkeit und die bereits beschlossene Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten beim Wohngeld, BAföG und Kinderzuschlag werden die Anzahl der Leistungsempfänger nach oben treiben. Gleichzeitig wird die Anzahl der Aktiven krisen- und demografiebedingt sinken. Die Entwicklung bis zum Jahr 2007 verdeutlicht, in welchem Ausmaß und Tempo die Alterung der Gesellschaft zu einer existenziellen Herausforderung für eine nachhaltige Sicherung des Wohlstands und des Sozialstaates geworden ist. Eine Ausweitung der Geldleistungen ohne strukturelle und qualitative Änderungen im Sozialsystem wird diese Herausforderung nicht bestehen.

Literatur

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2008, Analytikreport der Statistik, Arbeitsmarkt in Deutschland, Zeitreihen bis 2007, April, Nürnberg

BA – Bundesagentur für Arbeit, Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende, laufende Veröffentlichungen, Nürnberg

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozialbudget, diverse Jahrgänge, Berlin

DRV – Deutsche Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zeitreihen, laufende Jahrgänge, Berlin

Peter, Waltraut, 2008, Die Entwicklung der Balance zwischen Erwerbstätigkeit und Sozialleistungsbezug in Deutschland, in: IW-Trends, 35. Jg., Heft 1, S. 43–57

SOEP – The German Socio-Economic Panel Study, 2008, SOEP Data 1984-2007, DVD, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Statistisches Bundesamt, Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Fachserie 11, Reihe 7, laufende Jahrgänge, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, Statistik der Sozialhilfe, Fachserie 13, Reihe 2.1, laufende Jahrgänge, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, Wohngeld, Fachserie 13, Reihe 4, laufende Jahrgänge, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Fachserie 13, Reihe 8, laufende Jahrgänge, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfänger im öffentlichen Dienst, Fachserie 14, Reihe 6.1, laufende Jahrgänge, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch, laufende Jahrgänge, Wiesbaden

The Balance between Welfare Dependency and Work in Germany

In 2007, economic growth and the effects of the previous labor market reforms have improved the balance between those in work and those on welfare or social security benefits. Compared with 2006, the gap between the share of active and inactive Germans grew by 2 percentage points among the age group 18 to 64 years, 1.1 percentage points in the voting age population and 0.9 percentage points in the population as a whole. Nevertheless, between 1992 and 2007, the gap shrank by 9.4 percentage points in the population so that 2007 has not lessened the challenges posed by the ageing of the population for the long-term sustainability of the German social security state. In addition, the improvement in 2007 will presumably be short-lived. It does not appear far-fetched that the world-wide recession and already decided expansions of transfer benefits will shrink the gap to zero in 2010, meaning that one worker will statistically have to provide for one transfer recipient.